

Dr. Gerayer Koutcharian

Kühlebornweg 22
12167 Berlin
Tel.: 7713822
Fax: 8517974
Email: G.Koutcharian@googlemail.com
06.03.2012

An die

Arbeitsgruppe Außenpolitik

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Herrn Philipp Mißfelder (Vorsitzender)

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Email: philipp.missfelder@bundestag.de

- **Positionspapier der AG Außenpolitik der CDU/CCSU-Bundestagsfraktion „20 Jahre Konflikt um Berg-Karabach: Ein neuer Anstoß für eine friedliche Konfliktlösung“**

Sehr geehrter Herr Mißfelder,

Ihr Positionspapier habe ich mit wachsender Besorgnis gelesen. Es erweckte bei mir den Eindruck, dass sich die Verfasser zu einer Region äußern, über deren Geschichte und Gegenwart sie kaum Informationen besitzen, gleichwohl aber eine Position dazu als handlungsweisend formulieren.

Erlauben Sie mir darum einen kurzen Exkurs: Historisch, d.h. vor dem 20. Jh., gab es keinen Staat Aserbaidshchan im Südkaukasus. Aserbaidshchan war vielmehr eine historische Provinz des Iran, südlich des heutigen Grenzflusses Arax. Erst 1918 tauchte nördlich davon eine Republik unter diesem Namen auf, als Kunstprodukt des Zusammenspiels von Bolschewiken und Pantürkisten. Nicht einmal der Völkerbund erkannte dieses auf Kosten von Iranern und Armeniern aus der Taufe gehobene Staatsgebilde an. Namentlich Iran protestierte gegen den Namen „Aserbaidshchan“ im Zusammenhang mit dem südkaukasischen Staat.

Die armenischen Siedlungsgebiete Arzach (türkisch Karabach) und Nachitschewan (das keine gemeinsame Grenze mit der Republik Aserbaidshchan besitzt) wurden durch das Zwangsdiktat des russisch-türkischen Vertrages von Moskau (1920) und Kars (1921) der damaligen Sowjetrepublik unterstellt, entgegen früheren sowjetrussischen und sowjetaserbaidshchanischen Zusagen, die beiden Gebiete der Sowjetrepublik Armenien anzugliedern.

In Nachitschewan bildeten Armenier mit 40% die relative Bevölkerungsmehrheit, bis sie 1920 vertrieben wurden (die letzten 4-6000 Armenier im Jahr 1988). In postsowjetischer Zeit begann Aserbaidshchan in Nachitschewan auch die systematische Zerstörung armenischer Kulturdenkmäler als letzter Zeugnisse einstiger armenischer Präsenz, am berüchtigtsten auf dem historischen Friedhof der Stadt Dschura, wo die größte bis dahin bestehende Ansammlung armenischer Kreuz- und Grabsteine – etwa 6.000 Exemplare – in den Jahren 1998 sowie Dezember 2005-März 2006 systematisch zerschlagen und vernichtet wurden. Auf der anschließend geplanten Kult- und Kulturstätte errichtete die aserbaidshchanische Armee einen Truppenübungsplatz, wo sie auf den Gebeinen von 32 Generationen toter Armenier ihre Schießübungen durchführt.

In Arzach betrug der Anteil der armenischen Bevölkerung zu Beginn der Sowjetisierung dagegen über 90%. Nur ein Drittel dieser Region erhielt 1922 den Status eines „Autonomen Gebiets“. Zusammen mit den 1992-1994 von karabach-armenischen Einheiten eingenommenen bzw. aus armenischer Sicht befreiten angrenzenden Gebieten umfasst dieses Territorium 12.047 qkm. Das entspricht etwa einem Zehntel des heutigen Staatsgebiets der Republik Aserbaidschan und nicht, wie in Ihrem Positionspapier fälschlich behauptet, 20% bzw. einem Fünftel.

Die armenische Bevölkerungsmehrheit des „Autonomen Gebiets“ hat 1988 verfassungsgemäß (nach der sowjetischen Verfassung von 1977) nach einem Referendum am 2. September 1991 ihre Unabhängigkeit erklärt. Hierbei ist es nebensächlich, dass – wie es in Ihrem Positionspapier heißt – „weder Deutschland noch die EU (...) die Parlamentswahl von 2010 in Berg-Karabach anerkannt“ haben. Das Ziel der armenischen Bevölkerung war in erster Linie die Befreiung von der Herrschaft und Bevormundung der Aserbaidschaner. Inzwischen ist in Arzach eine neue Generation herangewachsen, die das Joch der Aserbaidschaner niemals ertragen musste und schwerlich davon zu überzeugen sein wird, sich jemals freiwillig einem Staat zu unterstellen, dessen offizielle Grundsätze „Demokratie, Türkismus, Islam“ lauten.

Denn was die Demokratie betrifft, ist selbst für die nicht Demokratie-verwöhnten Einwohner des postsowjetischen Raums die „Präsidialdynastie“ von Vater und Sohn Alijew ein inakzeptabler Missstand. In dieser Präsidialdemokratie sah sich die Opposition entweder veranlasst, das Land zu verlassen, oder sitzt im Gefängnis. Hinsichtlich der Zahl inhaftierter Journalisten steht Aserbaidschan an Platz Zwei der Weltrangliste (hinter der Türkei). Die ethnischen Minderheiten des Landes – soweit noch vorhanden – sind unterdrückt und ihre Wortführer ebenso inhaftiert wie die kritischen Journalisten. Was den Türkismus betrifft, hat das armenische Volk seine fatalen Auswirkungen seit den Jahren 1915, 1920 und zuletzt 1988-1990 in Sumgait, Kirowabad und Baku erleiden müssen. Über den türkischen Islam zu schreiben, erübrigt sich an dieser Stelle.

Meine Bestürzung bei der Lektüre Ihres Positionspapiers entsprang auch der Tatsache, dass unverhohlen zum Ausdruck gebracht wurde, wie stark die Haltung der größeren deutschen Regierungspartei von energiepolitischen statt von menschenrechtlichen Grundsätzen geleitet wird. Eine sich christlich nennende Partei sollte aber ihr außenpolitisches Handeln nicht primär von dem Interesse leiten lassen, „Gaslieferungen und Pipeline-Projekte zu diversifizieren und dauerhaft zu sichern“, sondern vor allem an die Sicherheit der östlichsten christlichen Republik denken, die im Übrigen in ihren Ausmaßen der „Größe“ des Bundeslandes Brandenburg entspricht.

Die „Minsker Gruppe“ der OSZE hat mindestens erreicht, dass seit 18 Jahren ein weiterer Angriff Aserbaidschans auf Arzach unterblieben ist. Schon heute ist aber die Zusammensetzung dieses Gremiums alles andere als ausgewogen und damit selbst krisenanfällig, denn nach dem Ausschluss Berg-Karabachs 1997 ist dort nur noch Armenien verblieben, gegenüber der Türkei und Aserbaidschan. Es trägt nicht zur Sicherheit bei, wenn Sie nun vorschlagen, Frankreich gegen die EU auszutauschen und damit Armenien und armenische Interessen in der Minsker Gruppe zusätzlich zu schwächen.

Am kritikwürdigsten erscheint mir jedoch Punkt 7 des Positionspapiers, wo die Beteiligung der Türkei bei der Konfliktlösung gefordert wird. Die Türkei hat – übrigens als damaliger Waffenbruder Deutschlands – eine durchgehend negative Rolle in der armenischen Geschichte gespielt, Genozid inbegriffen (den Deutschland bis heute nicht explizit anerkannt hat). Sämtliche Regierungen der Republik Türkei, ob nun kemalistische Nationalisten oder die „gemäßigten“ Islamisten der AKP, verweigern die Übernahme historischer Verantwortung, d.h. sie bestreiten und leugnen den Genozid an über drei Millionen christlicher Bürger des Osmanischen Reiches im Zeitraum 1912-1922. Massenmorde an Armeniern, Aramäern/Assyrern sowie kleinasiatischen und ostthrakischen Griechen, Deportationen, Zwangsausbürgerungen und die systematische Zerstörung von Kulturdenkmälern waren Bestandteile dieser genozidalen Politik. Seit 1993 hat sich die Türkei der völkerrechtswidrigen Blockade Aserbaidschans (seit 1989) gegen die Republik Armenien und Arzach

angeschlossen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen seit der Unabhängigkeit Armeniens 1991 verweigert. Am Versuch Aserbaidschans, Arzach militärisch zurückzuerobern, hat sich die Türkei 1992-94 mit etwa 2.000 freiwilligen Berufssoldaten (die offiziell pensioniert wurden) sowie mit Waffen und Munition beteiligt (die ich während meiner 49 Reisen nach Arzach seit 1991 sehen und fotografieren konnte).

Die Türkei ist ein Serien- und Wiederholungstäter beim Völkermord, denn sie hat nicht nur ihre christliche Bevölkerung mit genozidalen Mitteln von 20% (vor 1915) auf derzeit weniger als ein Prozent gesenkt, sondern ging mit denselben Mitteln des Massenmords und Deportationen 1937/38 in Dersim sowie seit den 1920er Jahren gegen Kurden vor. In Zypern hält sie völkerrechtswidrig 39% des Staatsgebiets besetzt, führt fortgesetzt militärische Angriffe auf den Nordirak durch und bedroht Griechenland.

Und ausgerechnet so einen Staat empfehlen Sie uns als Friedensstifter und Vermittler?

Angesichts der realen Bedrohung, denen Armenier in der Türkei und durch die Türkei bis heute ausgesetzt sind, ist es nur zu verständlich, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Armenien die Stationierung russischen Militärs als Überlebensgarantie empfindet. Aus historischer Erfahrung wissen Armenier, dass die Russen sie beherrschen wollen, die Türken sie jedoch ausrotten möchten. Und so lange der Westen nicht bereit oder in der Lage ist, die Existenz und Sicherheit Armeniens zu garantieren, wird dort das russische Militär willkommen sein. Erwägungen, die russische Präsenz in Armenien abzubauen bzw. die türkische Rolle im Karabachkonflikt zu stärken, erachte ich für alles andere als zielfördernd. Die Mehrheit meiner Landsleute in Armenien wird Ihre Position nicht verstehen und sie als Einmischung in die Interessen des Landes ablehnen.

Vielleicht sollte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lieber darüber nachdenken, wie sie die US-amerikanischen Militärbasen in Deutschland auflöst, da ja bekanntlich Deutschland im Unterschied zu Armenien und der Republik Berg-Arzach (Karabach) nicht von seinen Nachbarn bedroht wird.

Mit freundlichen Grüßen

(Gerayer Koutcharian)